

Kristin Helberg kommentiert die Berliner Antisemitismus-Debatte nach der Wahl auf Facebook so:

"Das Votum ist klar, die Hand ausgestreckt – wer schlägt ein und eint Berlin?

Drei Jahre lang haben Politiker der "bürgerlichen Mitte" (CDU, SPD und Grüne) die Gesellschaft in Berlin gespalten, indem sie mit dem Vorwurf des Antisemitismus palästinastolidarische Menschen pauschal diffamiert und ihren Protest gegen Israels Vorgehen in Gaza und dem Westjordanland delegitimiert haben.

Erschreckend viele Politiker, Antisemitismusbeauftragte und Journalisten setzen Israel mit Juden in Deutschland gleich (Merz: Israelfahne = Judenflagge, Antisemitismus = Ausländerfeindlichkeit) und bringen damit jüdische Menschen in Gefahr, die niemals für die Taten Israels verantwortlich gemacht werden dürfen.

Völkerrechtlich gebotene Forderungen und vom Grundgesetz gedeckte politische Äußerungen im Kontext Israel/Palästina werden zu einer Gefahr für jüdisches Leben umgedeutet. Mit der Kampagne gegen eine Rot-Rot-Grüne Regierungskoalition in Berlin hat diese Instrumentalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus jetzt einen neuen Tiefpunkt erreicht. Juden werden benutzt, um die Linke von der Macht fernzuhalten.

Was das mit Vergesellschaftung, Sozialpolitik und Wirtschaftsinteressen zu tun hat, können andere besser beurteilen. Als Westasien-Expertin (bin weder Parteimitglied noch Parteienforscherin) stelle ich lediglich fest, dass die Linke die einzige deutsche Volks-Partei ist, die sich bemüht, beides auseinanderzuhalten und klar zwischen Kritik an Israel und Judenhass zu unterscheiden, ohne blind zu sein für problematische Positionen in den eigenen Reihen.

Mit Blick auf Israel und Palästina hat sie in grundlegenden Punkten die Mehrheitsmeinung der Wissenschaft übernommen: Sie spricht in Gaza von einem Genozid, ermöglicht politisch begründete Boykotte und verwendet die Antisemitismusdefinition der JDA (die ausbuchstabiert, was die IHRA im Ungenauen lässt). Alles andere klingt so wie bei den anderen (Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, Entwaffnung von Hamas/Hisbollah etc.).

Was jüdisches Leben angeht, verspricht der 5-Punkte-Plan von Elif Eralp Schutzkonzepte mit Betroffenen, mehr Sichtbarkeit (jüdische Feste im Stadtbild), umfassende Förderung (Zentrum am Fränkelufer, Rabbinerseminare, jüdische Schulen, Kitas, Kulturzentren, Stipendien für jüdische und israelische Studierende), antisemitismussensible Pflege und Bildung (Aufklärung über Verschwörungsmythen, Holocaust-Relativierung und die Kollektivhaftung von Jüd:innen für israelische Politik), Vermittlung von jüdischer Kultur, Religion und Gegenwart sowie multiperspektivische Nahost-Bildung in den Schulen.

Das klingt für mich nach einem guten, weil inklusiven und partizipativen Konzept. Die Hand ist damit ausgestreckt – es wäre schön, wenn Vertreter jüdischer Organisationen und Gemeinden diese annehmen und in einen Austausch treten würden. Sonst stellt sich die Frage, wem sie sich mehr verpflichtet fühlen – den Jüd:innen in Berlin, dem Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU oder Netanjahus Hasbara?

Nur wer mit einem solchen Kompass navigiert – wer Völkerstraftaten aller Parteien klar benennt, das Schutzbedürfnis aller Menschen anerkennt und ihre Rechte und Freiheiten überall verteidigt (in Israel/Palästina und auf deutschen Straßen), kann Berlin einen und die Gräben überwinden, die deutsche Politiker und Journalisten mit ihrer einseitigen Haltung und spalterischen Sündenbock-Rhetorik aufgerissen haben. Ich würde mir wünschen, dass alle genannten Parteien zu ihrem Kompass zurückfinden. In Berlin sind jetzt SPD und Grüne gefragt.